

Am Antikriegstag für den Weltfrieden!

Am 1. September 1939 überfielen deutsche faschistische Truppen unser Nachbarland Polen. Damit wurde vor genau 75 Jahren der Zweite Weltkrieg begonnen, der ca. 60 Millionen Menschen den Tod brachte.

Nach 1945 wurde gefordert: „Vom deutschen Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!“ Viele Politiker sehen das heute offenbar anders. Seit 1997 sind deutsche Soldatinnen und Soldaten in immer stärkerem Maße weltweit im Einsatz. Ihr Töten und Getötet werden darf selbst von der offiziellen Politik wieder als Krieg bezeichnet werden.



Die Bundeswehr trainiert dafür beispielsweise im modernsten „Gefechtsübungszentrum des Heeres“ (GÜZ) in der Colbitz-Letzlinger Heide bei Magdeburg.

Die Ziele der Auslandseinsätze werden inzwischen deutlich in der Öffentlichkeit beworben, es wird von „Neuer Verantwortung“ und von der „Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen“ gesprochen. Um diese Ziele durchzusetzen wird mit dem Modell einer familienfreundlichen Bundeswehr versucht, die Armee als attraktiven Arbeitgeber zu präsentieren. So kämpft die Bundeswehr heute bereits mit über 4400 Soldaten in Afghanistan, Mali, am Horn von Afrika und in vielen anderen Ländern.

An der türkischen Grenze zu Syrien sind deutsche Soldaten stationiert, um die Türkei zu unterstützen, die mit Waffenlieferungen an islamistische Rebellen den Bürgerkrieg in Syrien anheizt. So soll auch verhindert werden, dass die syrischen Kurden in der Region Rojava eine autonome Selbstverwaltung aufbauen, in der Araber, Armenier und Kurden friedlich zusammenleben.

Deutschland ist nach wie vor an dritter Stelle bei internationalen Waffenexporten, die vor allem in Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens gingen und gehen. Besonders zu verabscheuen sind dabei die Waffenlieferungen und die politische Unterstützung für Israel, das zur Zeit einen blutigen Krieg gegen die Zivilbevölkerung Gazas führt, dem laut UNO-Angaben bereits mehr als 1900 Palästinenser zum Opfer fielen.

Dass sich Deutschland berufen fühlt, sich international offensiver zu „engagieren“, verdeutlicht auch die Einmischung der Bundesregierung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine. Dort betrieb sie den Sturz des Präsidenten Janukowitsch mit, um die Ukraine dem Einflussgebiet der EU unterzuordnen. Damit ist sie mitverantwortlich für den Ausbruch des Bürgerkriegs in der Ukraine. Dass die Regierung eine EU-Polizeimission in die Ukraine, sowie im September NATO-Manöver in Osteuropa unterstützt, zeigt dass sie kein Interesse an einer Entschärfung des Konflikts hat und auch eine größere Konfrontation mit Russland in Kauf nimmt. Eine solche Konfrontation würde katastrophale Folgen für die Menschen weltweit haben, besonders für die Arbeiter und Angestellten. Wir wollen den Kampf um die Ukraine weder mit unserem Geld, noch mit unserem Leben bezahlen!

Vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg, vor 75 Jahren der Zweite. Beide Jahrestage machen den diesjährigen Antikriegstag zu einem zentralen Tag der Erinnerung und des Mahnens. Auch heute gilt: Kriege kommen nicht über uns – sie werden gemacht. Gewalt geht von Menschen aus – und trifft Menschen. Sie werden getötet, verwundet und vertrieben. Ihr Leben wird bis in die Grundfesten erschüttert – während wenige andere aus Kriegen Profite schlagen oder ihre Machtinteressen durchsetzen.

Wir rufen alle friedliebenden Menschen auf, mit uns am 1. September 2014 auf die Straße zu gehen. Wir wollen keinen Krieg für Kapital und Großmachtinteressen! Gegen Waffenexporte weltweit! Wir fordern den sofortigen Rückzug aller Truppen aus allen Auslandseinsätzen! Für die friedliche Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide! Wir wollen eine friedliche Zukunft! Für einen dauerhaften Weltfrieden! Nie wieder Faschismus!

**Um 17:00: Beginn der Auftaktkundgebung an der Friedenstafel am Universitätsplatz (gegenüber der Stadtbibliothek), dann Demonstration zum Alten Markt
Ab ca. 18:00: Kundgebung am Alten Markt (Breiter Weg)**

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser auszuschließen.

Aktionsbündnis Weltfriedenstag/Antikriegstag Magdeburg

V.i.S.d.P.: Herbert Polifka, PF: 351102 – 39034 Magdeburg